



## **Amtsgericht Gütersloh**

### **Beschluss**

Im Wege der Zwangsvollstreckung zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am

**Donnerstag, 02.07.2026, 11:00 Uhr,  
1. Etage, Sitzungssaal 105, Friedrich-Ebert-Str. 30, 33330 Gütersloh**

folgender Grundbesitz:

**Grundbuch von Harsewinkel, Blatt 4431,**

**BV lfd. Nr. 2**

Gemarkung Marienfeld, Flur 12, Flurstück 31, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, von-Korff-Straße 29, Größe: 684 m<sup>2</sup>

versteigert werden.

Laut Wertgutachten handelt es sich um ein unterkellertes Wohnhaus (Zweifamilienhaus) mit Satteldach und Gaube im Dachgeschoss I sowie einer Garage, das 1968 in Massivbauweise auf einem 684 qm großen Grundstück errichtet wurde. Eine weitere Gaube im Dachgeschoss II wurde baurechtlich nicht genehmigt errichtet.

Wohnfläche EG: ca. 99 m<sup>2</sup>; Wohnfläche DG I: ca. 90 m<sup>2</sup>, Nutzfläche DG II: ca. 57 m<sup>2</sup>.

Es ist ein Carport mit vier Stellplätzen (Baujahr 1993) vorhanden.

Es besteht ein Instandhaltungstau.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 26.08.2025 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

343.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.